



Orientierungshilfe für Einreichunterlagen

Zulässige Verwertung

I. Unterlagen

- a) Planunterlagen
- b) Technische Beschreibung

II. Erläuterungen

Die unten angeführten Punkte sind eine Orientierungshilfe für die Zusammenstellung der notwendigen Einreichunterlagen und der technischen Angaben für eine deponietechnische Beurteilung im Genehmigungsverfahren entsprechend dem Bundesabfallwirtschaftsplan 2017.

a) Planunterlagen

- Übersichtslageplan (Maßstab 1:25.000/50.000) mit Kennzeichnung des Standortes, Bestand- und Projektlageplan mit Darstellung der betroffenen Fläche,
- Katasterstand (Maßstab 1:1000 bis 1:2000);
- Lageplan mit Geländeverlauf und charakteristischen Höhen nach Durchführung der Verwertungsmaßnahme (Maßstab 1:1000 bis 1:2000).
- Pläne im Regelfall als geodätische Aufnahme inkl. charakteristischer Profile (Fixpunkteanzahl in Abhängigkeit vom Geländeverlauf mit Höhenangaben in Meter über Adria).

b) Technische Beschreibung

- Darstellung des Vorhabens (Zweck, Nützlichkeit der Maßnahme, Art und Umfang (Flächenausmaß, Höhenausdehnung und Volumen), allfällige vorübergehende Materialzwischenlager) entsprechend dem Bundesabfallwirtschaftsplan 2023.
- Begründung der zulässigen Verwertung (landwirtschaftlich, bautechnisch etc.)
- Einbauten, Leitungsträger, sonstige fremde Rechte.
- Vorgesehene Abfallarten bzw. qualitative Eignung des Schüttmaterials.
Mögliche Abfallschlüsselnummern: 31411 Spezifikationen 29, 30, 31, 32, 45.
Hinweis: Die Schlüsselnummer 31411-29 ist nur zulässig, wenn am Einsatzort eine für den/die einstufigsrelevanten Parameter vergleichbare Hintergrundbelastung vorliegt/nachgewiesen werden kann.
- Angabe der Anfallsorte (max. 3 Vorhaben)
- Angabe der Schüttdauer (max. 2 Jahre)
- Nachweis der qualitativen Eignung: Beurteilungsnachweise vom Anfallsort (Grenzwerte der Klassen A1 und A2 (im Grundwasserbereich zusätzlich A2-G) gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan 2023).

- Nachweise am Einbauort: Kontroll-Untersuchungen am Einbauort; Parameterumfang gemäß BAWPL 2023 zumindest je angefangener 2.500 to
- Beginn und Dauer der Arbeiten
- Zufahrtsmöglichkeiten, verkehrstechnische Einbindung
- Absicherung und Beaufsichtigung des Areals, Qualitätssicherungsmaßnahmen.
- abschließende Maßnahmen (Rekultivierung, Folgenutzung)
- durch das Vorhaben betroffene Grundstücke (Auszug aus dem Grundstücksverzeichnis mit Eigentümern für alle von der Maßnahme betroffenen Flächen einschließlich Zufahrt, Zustimmungserklärungen).
- Angaben zu den geohydrologischen Verhältnissen am Einbauort (, Höhenlage der Grundwasserstände, insbesondere des höchsten zu erwartenden Grundwasserspiegels (HGW 100), Hochwassersicherheit etc.).
- Angaben zu den Oberflächenwasserabflussverhältnissen (insbesondere mögliche Beeinflussung der Nachbarschaft durch die Änderungen).
- Angaben zu allfällig in der nächsten Umgebung vorhandenen Wasserbenutzungsrechten (Art, Ausmaß und Ort), die von dem Vorhaben beeinträchtigt werden könnten.